Zeitschrift: Schweizer Spiegel

Herausgeber: Guggenbühl und Huber

Band: 43 (1967-1968)

Heft: 9

Artikel: Sieht man nicht, dass es brennt? : Ueberfremdung wie noch nie - und eine neue Volksinitiative

Autor: Roth, Daniel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1079843

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sieht man nicht,

Ueberfremdung wie noch nie — und eine neue Volksinitiative

Von Daniel Roth

Kürzlich erfuhr man, daß Ende 1967 907 000 Ausländer in der Schweiz wohnten, 47 600 (5,25 Prozent) mehr als Ende 1966 – 15 Prozent der Bevölkerung. In diesen Zahlen fehlen die Grenzgänger und auch die Saisonarbeiter. Allein mit den letztgenannten zusammen werden wir diesen Sommer bereits über 1,1 Million Ausländer in der Schweiz haben (ohne Grenzgänger sowie Hotel- und Chaletgäste); das sind 18,5 Prozent der Wohnbevölkerung, und die Zahl nimmt Jahr für Jahr zu.

Mit Recht haben die neusten Maßnahmen des Bundesrates eine stärkere Freizügigkeit der ausländischen Arbeiter gebracht; damit wird einer für den internationalen Konkurrenzkampf gefährlichen Stagnation entgegengewirkt. Sehr zu begrüßen ist auch, daß jetzt nicht mehr allein jene, die nur eine Aufenthaltsbewilligung haben, sondern auch die berufstätigen niedergelassenen Ausländer für die Einwanderungsbeschränkung mitgezählt werden. Aber ob die Bestimmungen genügen, damit das offizielle Ziel – die Stabilisierung der Zahl der fremden Arbeitskräfte – auf die Dauer erreicht werden wird, ist fraglich.

Vor allem aber: Wenn nur die Zahl der fremden Berufstätigen beschränkt wird, steigt die Ausländerzahl trotzdem mit Riesenschritten weiter – zuerst wegen des Familiennachzugs, in zunehmendem Maß wegen der größeren Geburtenzahl der Fremden.

Die Zahlen laufen den Statistikern ständig davon. Das Eidgenössische Statistische Amt hat ausgerechnet, daß bei einer Fortdauer der gegenwärtigen Überfremdung anfangs 1987 mutmaßlich 1,255 Millionen Ausländer und Nachkommen der heutigen Ausländer in unserem Land wohnhaft sein werden. Das entspricht einer Zunahme der Zahl der Personen ausländischer Herkunft um 20 000. 1967 betrug aber diese Zahl mit Einschluß der 9 000, die in unser Bürgerrecht übergetreten sind, fast 56 000, also fast das Dreifache.

Gleichzeitig geht die Vermehrung der einheimischen Bevölkerung stark zurück. Von 1950 bis 1965 betrug die Zunahme der Zahl der Schweizer und Schweizerinnen in der Schweiz rund 41 000 im Jahr. 1967 ist diese Zunahme gemäß der Zeitschrift «Volkswirtschaft» vom April 1968 auf rund 35 000 abgefallen. Das bedeutet, daß trotz allen Gegenmaßnahmen im letzten Jahr die Ausländerzahl nicht nur proportional stärker zugenommen hat als jene der Schweizer, sondern auch absolut: Es sind 47 600 Ausländer und 35 000 Schweizer (wovon 9000 infolge Einbürgerung oder Einheirat) mehr. Unsere Wohnbevölkerung nahm also in einem Jahr um die Größe von sieben Kleinstädten zu. Von diesen Kleinstädten umfassen bloß etwas mehr als zwei die gebürtigen Schweizer, etwas weniger als eine die Eingebürgerten und Eingeheirateten, dagegen vier (!) den Zuwachs an Ausländern. Wenn das nicht in höchstem Maße alarmierend, erschreckend ist!

Dabei hat sich die Geburtenhäufigkeit der Ausländer noch gar nicht richtig ausgewirkt, und bereits steht einem Geburtenüberschuß der Ausländer von 25 000 ein solcher von kaum 26 500 bei den Schweizern gegenüber. Diese Entwicklung wird sich noch steigern – und die bundesrätlichen Maßnahmen genügen kaum. Erst recht wird uns die Entwicklung wieder entgleiten, wenn der Bundesrat, wie es seinen jetzigen Beschlüssen entspricht, ab 1970 auf einen weiteren Abbau verzichtet.

Natürlich kann auch unabhängig von verschärften Gegenmaßnahmen ein Rückgang der Konjunktur solche Schätzungen illusorisch machen. Aber wollen wir das erhoffen? Mit zunehmendem Wohlstand der Eingewanderten werden diese vielleicht auch weniger Kinder haben. Wenn der Ausländerbestand stark rotiert, die Fremden also mit ihren Familien wieder ausziehen, wird die zahlenmäßige Entwicklung ebenfalls weniger kraß sein – freilich noch alarmierend genug, und die Ausländer blieben dann wie heute ein völliger Fremdkörper.

Die angedeutete Entwicklung setzt also voraus, daß wir viele Ausländer dauernd hier behalten und deren viel mehr als heute assimilieren und einbürgern. Solch vermehrte Assimilation und Einbürgerung wäre einerseits wünschbar, da sich sonst das Problem überhaupt nicht lösen ließe. Aber um das Verhältnis der Ausländer zu den Schweizern auch nur konstant zu halten, hätten wir anderseits letztes Jahr 40 000 statt 9 000 einbürgern oder durch Einheirat gewinnen müssen. Wir müßten, wenn die Entwicklung anhielte, im Lauf einer Generation über 1 Million Ausländer assimilieren. Ist das möglich?

Gian Paolo Tozzoli, der viele Jahre im konsularischen Dienst in der Schweiz verbrachte, hat ein ausgezeichnetes Buch über unser Land geschrieben («5 Millionen Gerechte», Verlag Huber, Frauenfeld). Hervorragend sind seine Ausführungen zur Fremdarbeiterfrage.

Die Stimme eines klugen Italieners

Naturgemäß kann uns Tozzoli besonders gut darüber Auskunft geben, wo die Italiener bei uns der Schuh drückt. Die Unterkunftsverhältnisse müßten sich eigentlich gerade auch von einer gesunden schweizerischen Einstellung her vielfach noch mehr bessern. Die weiteren Beschwerden wurzeln eigentlich alle im Unterschied des Volkscharakters.

Im übrigen anerkennt der Autor, daß in der Schweiz dem Italiener nur ganz selten feindselig begegnet werde, im Gegensatz etwa zu Deutschland oder Holland. Aber irgendwie sei die Mauer der Gleichgültigkeit, die ihn hier umgebe, noch schwerer zu ertragen. Hinzu komme, daß heute die Aufstiegsmöglichkeiten für ihn viel kleiner seien als für jene zahlreichen

dass es brennt?

Illustration Heinz Stieger

Italiener, die hier vor 50 Jahren einwanderten. Beides verringere aber auch die schweizerische Assimilationskraft.

In unserer Presse sind merkwürdigerweise fast nur Tozzolis kritische Bemerkungen wiedergegeben worden. Dabei sieht er die ganze Schwere des Problems vom schweizerischen Standpunkt aus. Er bemerkt, die Lösung der Ausländerfrage könne «weder von technischen Revolutionen noch vom . . . Verzicht auf den Wohlstand oder der Aufgabe der Errungenschaften der Arbeiterklasse erwartet werden». Dann stellt er die Kernfrage: «Welche Hoffnung besteht also noch? Soll man weiter wirtschaften wie bisher? Zulassen, daß der Fremdkörper im Lande wächst und sich entwickelt, eine gedungene menschliche Masse?»

Unser italienischer Freund sieht, daß uns schon heute keine andere Wahl bleibt, als möglichst viele Ausländer zu assimilieren — und er befürwortet dabei nicht die heuchlerische Vorstellung einzelner Schweizer, daß durch diese Assimilation die Schweizer auch wesentlich italienischer werden sollten. Die Weiterexistenz unseres Landes mit seinem erhaltenswerten Grundcharakter hängt davon ab, daß eine im wesentlichen einseitige Assimilation der Ausländer an die schweizerische Eigenart erfolgt. So sagt Tozzoli zum Beispiel, daß «auch die Chance verpaßt wird, die zweite Generation zu integrieren, wenn die Kinder der Ausländer in ihrer Muttersprache und nach den Schulprogrammen ihrer Herkunftsländer geschult werden».

Falsche Fronten

Die Schlußfolgerung ist zwingend: Wenn die Schweiz weiterbestehen will, muß sie nicht allein die Ausländer schon um der Assimilation willen in ganz anderem Maß in die Volksgemeinschaft einbeziehen. Damit dies überhaupt möglich wird, dürfen wir zudem die Gesamtzahl der Ausländer auf keinen Fall weiter ansteigen lassen. Wir müssen, koste es, was es wolle, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte beträchtlich senken.

Von dieser Erkenntnis hatten sich auch jene Zürcher Demokraten leiten lassen, die vor etwa drei Jahren die erste Volksinitiative gegen die Überfremdung starteten. Vor einigen Monaten haben sie diese Initiative «aus staatsbürgerlichen Erwägungen» zurückgezogen.

Einer für unser Land ungewöhnlichen Kurzsicht entsprach das Aufatmen, das bei diesem Rückzug durch die große Mehrzahl unserer Zeitungen ging. Wie man sich auch zum Wortlaut der Initiative stellen mochte, es wäre doch wirklich an der Zeit gewesen, daß das Schweizervolk nach je fünf Jahren des Schlitternlassens und des Ergreifens halber Maßnahmen endlich einmal zu dieser Grundfrage unserer Existenz hätte Stellung nehmen können! Statt dies zu begrüßen, hatten schon vorher die meisten unserer Blätter die Angst in den Vordergrund gestellt, im Abstimmungskampf könnte es zu Ausbrüchen des Fremdenhasses kommen, die uns in den Augen des Auslandes diskreditieren. Allen Ernstes wurde erklärt, das «Touristikland Schweiz» könne sich das nicht leisten.

Eine solche Verkennung der Proportionen wäre zum Lachen, wenn es

Es brennt

nicht um so Wichtiges ginge. Dürfen wir wegen der Hotellerie unsere Angelegenheiten nicht mehr so in Ordnung bringen, wie es bewährter Tradition entspricht? Zudem: Ist es möglich, daß Zeitungsleute nicht sehen, wie die Welt widerhallt von Ausschreitungen, Streiks, Straßendemonstrationen, brutalem Vorgehen der Polizei — und meinen, einige Entgleisungen in einem Abstimmungskampf würden den Touristenstrom in unser Land hemmen? Hat man vergessen, welch reinigende Wirkung gerade in heftig umkämpften Fragen eine Volksabstimmung bei uns hat? Minderheiten können ihre Ressentiments auf ungefährliche Weise abreagieren. Die Mehrheit der Vernünftigen gibt fast immer den Ausschlag, und die Politiker sehen, wie das Volk wirklich denkt. Im vorliegenden Fall hätte sich zum Beispiel gezeigt, daß auch in den Bergkantonen und im Welschland mehr Bürger, als es scheint, über die Entwicklung besorgt sind.

Ferner: Obwohl aus dem Text der Initiative eindeutig hervorging, daß die Reduktion der Ausländerzahl auf 10 Prozent der Bevölkerung nur allmählich erfolgen sollte und dafür keine Frist festgelegt war, wurde immer wieder behauptet, die Annahme des Volksbegehrens würde unserer Wirtschaft einen tödlichen Schlag versetzen. Sicher meist gutgläubig, aber ohne nachzuprüfen, was eigentlich die Initiative verlangte. Die Sozialdemokraten und Gewerkschafter wollten ihrerseits weder die in vielen Jahren mühsam errungene «Salonfähigkeit» verscherzen, noch sich sagen lassen, sie verrieten den Überrest ihrer Weltverbrüderungs-Ideen.

Und alle jene halben und anderthalben Nonkonformisten, welche sonst nicht müde werden, unsere Bundesräte und Wirtschaftskapitäne mit ungerechtfertigten Anwürfen zu überhäufen — sie hieben noch stärker als das, was sie «Establishment» nennen, auf die Initianten ein. Weil sie finden, das Schweizervolk sei zu engstirnig, sind sie dafür, der Einwanderung möglichst wenig Schranken entgegenzusetzen.

Dieser widersprüchlichen, der Auffassung des Volkes nicht entsprechenden Meinungsfront hielt die Mehrheit der senkrechten, den Fremden gegenüber freundlich gesinnten Initianten nicht stand, als auch noch zwei Bundesräte sich einschalteten. Dafür kommt jetzt eine neue, schärfere Initiative aus Kreisen, bei denen wirklich die Gefahr besteht, daß Fremdenhasser den Ton angeben. Die Fronten wurden dadurch noch mehr verfälscht. Man ist versucht, zu sagen: «Jetz händ er de Dräck!»

Der Ausweg

Die neue Initiative sollte Anlaß sein, durch eine intensivere Diskussion endlich zu einer klaren Richtlinie zu gelangen: Den Fremdarbeitern sollte um ihretwillen, aber auch um der Assimilation möglichst vieler willen — ebenso damit wir nicht zu einer Gesellschaft mit zwei Klassen werden — mit mehr menschlicher Wärme begegnet werden. Damit wir das aber überhaupt können, ohne uns selbst aufzugeben, müssen wir alle Maßgebenden kräftiger gegen den Druck der Interessenvertreter unterstützen und zu noch konsequenteren Maßnahmen mahnen. Gerade wer die Fremden gern hat, müßte das eigentlich entschieden befürworten. Es brennt!

Briefe aus

Basel

Liebe Leserinnen und Leser,

Ich soll Ihnen einiges Typische erzählen, was in letzter Zeit in Basel passiert ist. Nun, das wäre sehr viel oder sehr wenig, wie man es nimmt. So möchte ich denn in diesem ersten Brief von einer Frage an Sie ausgehen.

Woran denken Sie wohl, wenn Ihnen Basel in den Sinn kommt? Ich habe mich schon öfters gefragt: was mögen die Stichworte sein, unter denen Basel im Kopfe anderer Leute registriert ist? Rheinknie oder Zoologischer Garten? Mustermesse oder Fasnacht? Humanismus oder Chemische Industrie? Oder ganz andere, persönliche – Tante Schuggi vielleicht, oder Miniröcke vor dem Stadtcasino?

Ein paar Leute, die ich gut kenne, haben unter ihren Stichworten eines gemeinsam gehabt: den Basler Witz. Und da sie alle keine Basler waren, haben sie etwas hämisch gelacht, als sie dieses Stichwort aussprachen. Alle, obschon ich sie einzeln fragte und keiner vom anderen wußte. Das machte so den Eindruck, als müsse man den «Basler Witz» in Anführungszeichen setzen, weil er in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sei. Weil der «Basler Witz» etwas Ähnliches sei wie des Kaisers neue Kleider: man sieht ihn nicht, weil er nur für die Basler vorhanden ist.

Das stimmt natürlich nicht. Wenn jemand den Basler Witz nicht sieht, so bedeutet das nur, daß er noch weit davon entfernt ist, Basel begriffen zu haben. Denn für den Basler Witz